

Christina Schenk:

Frauen an die Waffen?

in Disput, Oktober 1999.

Tanja Kreil heißt sie, ist 22 Jahre jung und will partout ihren technischen Sachverstand in der Bundeswehr verwirklichen. Na und? Schließlich stehen Frauen alle übrigen Berufe ja auch offen. Nach jetziger Lesart des Grundgesetzes ist ihr diese Berufswahl jedoch versperrt. Sie hat dagegen Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht und wird vermutlich demnächst Recht bekommen. Interessant ist nur, dass die Diskussion über die Frage, ob Frauen das Recht eingeräumt werden sollte, Dienst an Waffen zu tun, ungewohnt heftig und oft auch unsachlich geführt wird. Da werden nicht selten zynisch und mit höhnischem Unterton Meinungen bzw. Haltungen unterstellt, die diejenigen, die für die Aufhebung dieses (vor)letzten Berufsverbots für Frauen eintreten, nicht zum Ausdruck gebracht haben.

So wird z.B. auf all das Schlimme, das mit militärischen Optionen verbunden ist (Tötung von Menschen, Not und Elend, Naturzerstörung, Ressourcenverbrauch zulasten der allgemeinen Wohlfahrt etc.) hingewiesen. Dies alles ist richtig und kann nicht oft genug gesagt werden. Selbstverständlich sind wir gegen jede Form militärischer Gewalt, selbstverständlich wissen wir, dass militärische Interventionen Probleme nicht zu lösen vermögen und dass militärisches Droh- und Interventionspotential abgelöst werden sollte durch Formen friedlicher Konfliktbeilegung. Selbstverständlich treten wir für die Abschaffung der Wehrpflicht und überhaupt aller Zwangsdienste ein. All das gehört schließlich zu den politischen Grundüberzeugungen, die die PDS in ihrem Programm und in den Wahlprogrammen sowie in ihren parlamentarischen Initiativen im Bundestag immer wieder zum Ausdruck bringt.

Aber: Diese Haltung zum Militär im Allgemeinen und zur Bundeswehr im Besonderen hat nichts zu tun mit der Frage, ob Frauen von bestimmten Tätigkeiten, und seien sie für Linke noch so abstoßend, gegen ihren Willen ausgeschlossen bleiben sollen. Das sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe! Die Art und Weise der Debatte verrät auch, welches Frauenbild und welche Haltung zu Menschenrechtsfragen da im Hinterkopf virulent sind. Nein - Frauen sind nicht das bessere Geschlecht, sie sind auch nicht generell friedfertiger als Männer und sie sind nicht per se gegen jede Form von Krieg. So war es unlängst eine Außenministerin, die den völkerrechtswidrigen NATO-Krieg im Kosovo ausgelöst hat.

Das Thema Frauen und Bundeswehr erfordert eine Antwort auf die sehr grundsätzliche Frage, ob allen Menschen gleiche Rechte zustehen oder ob bestimmte Menschen aufgrund bestimmter biologischer Eigenschaften von diesen ausgeschlossen werden sollten. Hier kann für Linke die Antwort nur lauten, dass niemand wegen einer seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung oder seiner Hautfarbe von Rechten ausgeschlossen werden darf, die andere Menschen wahrnehmen dürfen. Gleichheit vor dem Gesetz ist eine der Grundvoraussetzungen von Demokratie. Gleichheit ist nicht alles - aber ohne Gleichheit ist alles nichts. Man kann sehr wohl das Heiratsrecht von Lesben und Schwulen bejahen und gleichzeitig das Rechtsinstitut der Ehe sehr grundsätzlich kritisieren und Alternativen in Form der Gleichstellung aller

Lebensweisen fordern. Man kann sehr wohl den Ausstieg aus der Atomenergiegewinnung fordern und gleichzeitig dafür streiten, dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu allen Berufen, auch dem der Kernkraftwerkstechnikerin, haben. Es gibt schlichtweg keinen akzeptablen Grund, nur Frauen vom Recht auf freie Berufswahl auszuschließen. Es ändert sich kein Deut an der Kritik an militärischen Optionen im allgemeinen und an der Bundeswehr im besonderen, wenn Frauen dabei sind. Nicht erst die Teilnahme von Frauen macht die Sache unerträglich - sie ist es schon jetzt. Die Beteiligung von Frauen ist auch nicht mit dem Hinweis abzulehnen, man wolle auch nicht, dass Männer zur Armee gehen. Solange es Armeen gibt, gibt es auch keinen Grund, Menschen davon auszuschließen, bloß weil sie weiblich sind. Schließlich kann man nicht für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in Bezug auf Abtreibung eintreten und es ihnen bei der Berufswahl versagen, nur weil einem ihre Entscheidungen politisch nicht gefallen.

Oft wird in der Diskussion - leider auch von Linken - das Prinzip »Gleiche Rechte für alle« ignoriert. Statt dessen werden mögliche Wirkungen der Öffnung der Bundeswehr für Frauen ins Feld geführt, so z.B. eine eventuelle zusätzliche Legitimierung der Armee, die Gefahr der Ausdehnung der Wehrpflicht auf Frauen etc. Diese Herangehensweise verrät, dass man »notfalls« Frauen für die eigenen politischen Ziele in Sippenhaft zu nehmen bereit ist. Passt das vermutete Ergebnis in die eigenen politischen Zielvorstellungen, wird die universelle Geltung der BürgerInnenrechte bejaht. Ist dies nicht sicher, wäre man auch schon mal bereit, die Rechte von Frauen zu beschneiden bzw. eine bestehende Diskriminierung weiter hinzunehmen. Für mich ist ein solches Denkmuster völlig indiskutabel, da sie den Gleichheitsgrundsatz - die Grundlage von Demokratie und Menschenrechten überhaupt - zur Disposition stellt. So würde es sicher auch niemand auf der linken Seite des politischen Spektrums akzeptieren, wenn gesetzlich festgelegt würde, Menschen dunkler Hautfarbe seien von bestimmten Berufen auszuschließen. Merkwürdig, dass auch Linke es mit den Rechten von Menschen nicht immer so genau nehmen, wenn es sich um Frauen handelt.

Im übrigen gibt es auch auf dieser funktionalistischen Ebene weitaus mehr Argumente für die Beteiligung von Frauen an militärischen Laufbahnen als dagegen. Die Erfahrungen in Ländern, in denen dies möglich ist, belegen, dass kaum etwas die unsäglichen Geschlechtsrollenstereotype so nachhaltig ins Wanken zu bringen vermag, wie die Teilnahme von Frauen an einem Beruf, der wie kein anderer mit Männlichkeit und vermeintlich ausschließlich »männlichen« Eigenschaften in Verbindung gebracht wird. Insofern kann die Berufswahl »Soldatin« durchaus ein Beitrag zur Emanzipation von Frauen und Männern sein. Auch hat man festgestellt, dass Maßnahmen präventiver Diplomatie der UNO, inclus. humanitärer Blauhelm-Einsätze, von denen es durchaus einige gibt, die diese Bezeichnung verdienen, um so besser gelingen, je höher der Anteil von Frauen an ihrer Planung und Durchführung ist.

Die PDS hat in der Frage, ob Frauen der Zugang zum Dienst mit Waffen ermöglicht werden soll, die Wahl, entweder die Universalität von BürgerInnenrechten in Abrede zu stellen oder als deren Anwältin glaubwürdig zu bleiben.